

meß wurden, die Führer erachten den Kompromiß trotz der Ablehnung bei der Abstimmung als verpflichtend, wobei sie sich auf Präzedenzfälle und auf — ziemlich unsichere — statistische Erwägungen berufen. Der Streik kann also vorläufig als beendet angesehen werden. Die Arbeiter sind jedoch mit dem Kompromiß bei weitem nicht zufrieden, die Arbeit wird in einer Atmosphäre der Depression aufgenommen.

Es handelt sich also um mehr als um eine Lohnbewegung. Es wurde zum ersten Male ein ganz neues Element in den Arbeitsstreit hineingebracht: die Frage der Gesamtproduktion. Es ist ein gänzlich neues, und bei kapitalistischer Wirtschaft nach unserer Meinung unzeitgemäßes Lohnprinzip eingeführt worden; der Arbeitslohn des einzelnen Arbeiters wird von der Leistung anderer abhängig gemacht, die er zu kontrollieren entweder gar nicht oder kaum in der Lage ist.

Es ist zu verwundern, daß die Führer der Bewegung diesem Prinzip grundsätzlich nicht, oder aber nicht scharf genug, entgegengetreten sind.

Die Errichtung der Bezirks- und Landeskommissionen zur Kontrolle der Produktion erhält aber eben wegen der jetzt ausgeführten Schwierigkeit eine besondere Bedeutung. Hängt der Lohn in einer steigenden Klasse von der Gesamtproduktion ab, so haben die Arbeiter das Interesse, dieselbe zu kontrollieren. Es wird zu einer bedeutsamen Kontrolltätigkeit auch in den Betrieben kommen. Die Besitzer haben gelegentlich der Verhandlungen ihre Schuld teilweise zugegeben; nun haben die in den Kommissionen sitzenden Arbeiter ihr Augenmerk auf die Produktion zu richten. Die Bedeutung dieser Kommissionen kann ungeheuer groß werden und darin erblicken manche mit Recht den eigentlichen Erfolg des Streiks.

Diese Kommissionen sind auch Nachschüsse, die in den technischen Fragen des Bergbauwesens voraussichtlich die Entscheidung innehaben werden. Davon sehen die Sozialisten, die die Verwaltung einer Industrie in die Hand dieser Industrie selbst geben wollen, ihren Triumph, und zwar mit Recht, da das Prinzip der organischen Zusammengehörigkeit eines Produktionszweigs für das ganze Land anerkannt wurde.

Auch das für die Lohnfragen errichtete Amt (Board of Wages) soll auf dem Wege der Sozialisierung einen wichtigen Schritt bedeuten; so meinen die Anhänger der Sozialisierung, während die Unternehmer auf die Zurückgewinnung ihrer vollständigen Freiheit und ihres Verfügungsrechts hinarbeiten. Darum wird ein heftiger Kampf entbrennen.

Weitere Probleme bei der späteren Regelung der Lohnfrage sind: Wie könnte man die Monopolrente der besser auszustatten und reicheren Betriebe aufheben? Wie soll dem Grundbesitzer die Verfügung über die Arbeit gleich der Lohn gebührt? Wie kann sich da die Ausgleichung vollziehen? Wie soll der Extraprofit aus den ausgeschöpften Mengen unter Staat, Besitzer und Arbeiter verteilt werden? Fragen, welche schon bald nach der Beendigung des Streiks in den Vordergrund treten werden.

Bölkverbunds-Kongreß.

Genf, 16. November. (W. L. B.) Die heutige 3. Sitzung der Bölkverbundversammlung hatte sich zuerst mit der Frage der Erneuerung, Zusammenziehung und Arbeitsmethode der sechs vorbereitenden großen Kommissionen zu befassen. Es wurde ein Antrag Hagerup-Norwegen angenommen, daß die einzelnen Delegationen je nach Bedürfnis nicht den Delegationen und der Versammlung angehörige Vertreter zur Verhandlung von Spezialfragen in die Kommissionen entsenden können. Eine längere Diskussion entspann sich sodann über den Vorschlag, daß jede der sechs Kommissionen ihren Präsidenten wähle und daß diese Kommissionspräsidenten gleichzeitig Vizepräsidenten der Bölkverbundversammlung sein sollten. Titoni-Italien bekämpfte diesen Antrag und befürwortete einen Vermittlungsvorschlag in dem Sinne, daß die Kommissionspräsidenten gleichzeitig Vizepräsidenten der Versammlung werden und daß außerdem die Versammlung noch sechs weitere Mitglieder zu Vizepräsidenten ernenne. Schließlich wurde grundsätzlich beschlossen, zwölf Vizepräsidenten zu wählen, wobei jeder Präsident der sechs Kommissionen Vizepräsident der Versammlung wird. Ferner wurde beschlossen, daß die sechs anderen Vizepräsidenten durch Geheimabstimmung direkt von der Versammlung zu wählen sind.

Die Versammlung beschäftigte sich ferner mit der Frage der Öffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit der Kommissionsitzungen. Lord Robert Cecil-Südafrika beantragte, sie öffentlich abzuhalten. Im Laufe der Aussprache über diesen Gegenstand stellte Viviani-Frankreich den Vorschlag, daß die Protokolle der Kommissionsverhandlungen veröffentlicht würden, die Verhandlungen selbst aber nicht öffentlich sein sollten. Fisher-England erbat Cecil, seinen Antrag zugunsten des Vorschlags von Viviani zurückzuziehen. Cecil erklärte sich damit einverstanden unter der Bedingung, daß die Protokolle so rasch wie möglich veröffentlicht würden. Präsident Hagerup stellte zum Schluß der Sitzung fest, daß Einigung darüber herrsche, daß die Verhandlungen der Kommissionen nicht öffentlich sein, daß aber die Protokolle so rasch wie möglich veröffentlicht werden sollten.

In der Nachmittagsitzung wurde die Aussprache über die Arbeitsmethode der Versammlung und der Kommissionen fortgesetzt. Nach dem Antrag des Präsidenten sollte jeder Kommissionspräsident einen Tag nach seiner Wahl dem Präsidenten der Versammlung einen objektiven und allgemeinen gehaltenen Bericht vorbringen über die Geschäftsbildung der Kommission zur Behandlung unterbreiteten Fragen. Außerdem sollten die Delegationen, die es ermöglichen, unmittelbar anknüpfend an diesen Bericht ihre Bemerkungen vorbringen können. Titoni-Italien brachte zu diesem Vorschlag einen u. a. auch von Nord unterzeichneten Antrag ein, diese beiden Punkte zu streichen. Barnes-England bekämpfte diesen Streichungsantrag mit der Begründung, daß es notwendig sei, den Kommissionen gewisse Richtlinien zu geben über die von ihnen zu behandelnden Fragen, was nur geschehen könne durch eine der Kommissionsarbeit vorangehende öffentliche Diskussion. Eine solche vorangehende Diskussion in der Bölkverbundversammlung schiene schon deshalb notwendig, weil in den zur Diskussion gelangenden Berichten des Generalsekretariats einzelne wichtige Fragen, wie z. B. die Frage der Aufnahme ehemaliger feindlicher Staaten, behandelt werde und die Versammlung Gelegenheit erhalten sollte, über diese Angelegenheit rasch ihre Ansicht auszudrücken. Wenn die Arbeit in die Kommissionen verlegt werde, ohne daß die Versammlung alle solche Fragen diskutieren könne, so werde zweifellos eine Reihe von Mitgliedern abreisen müssen, bevor sie Stellung nehmen könnten.

Im Namen der französischen Delegation bekämpfte Viviani-Frankreich die von Barnes vertretene Auffassung mit dem Hinweis darauf, daß diese Methode zu einer Verstärkung der ganzen Arbeit des Bölkverbundes führen könnte. Eine der Kommissionsarbeit vorangehende öffentliche Aussprache erscheine um so weniger notwendig, als in den Kommissionen sämtliche Delegationen ihre Vertreter hätten und ihre Auffassung zur Geltung bringen könnten. Die öffentliche Meinung erwarte vom Bölkverbund nicht viele Reden sondern vor allem Taten. Auf eine so fortwährende öffentliche Diskussion könne um so mehr verzichtet werden, als die Mitglieder der Versammlung über die Grundsätze im all-

gemeinen eine Freie und Meinungsverschiedenheiten nur über deren Anwendung bestehen können. Wenn die Verammlung der öffentlichen Kritik standhalten wolle, so müsse sie nach den bewährten parlamentarischen Methoden arbeiten, die überall eine Vorarbeit der Kommissionen voraussetzen.

Nach der Rede Vivianis wurde ohne Widerspruch gemäß dem Antrag Titoni-Italien beschlossen, auf einen den Kommissionsberatern vorgehenden Bericht der Präsidenten der Kommission und auch auf eine Diskussion vor erfolgter Berichterstattung durch die Kommissionen zu verzichten. Gemäß einer Trennung von Lord Robert Cecil wurde beschlossen, daß die Kommissionen über die einzelnen Fragen Bericht zu erstatten haben, sobald es zu einem Beschluß gekommen sei. Weiter wurde beschlossen, daß jede von den Kommissionen erledigte Frage sofort der Versammlung zu unterbreiten sei, so daß mit kürzerer Unterbrechung vorläufig nicht nur Sitzungen der Kommissionen, sondern auch Sitzungen der Versammlung stattfinden sollten.

Genf, 17. November. Präsident Hagerup stellte zu Beginn der heutigen Vormittagsitzung der Bölkverbundversammlung mit, daß sich die sechs Kommissionen gebildet hätten und nachmittags zur Wahl ihrer Präsidenten schreiten würden. Der fünften Kommission, die sich mit der Aufnahme neuer Mitglieder in den Bölkverbund zu befassen haben wird und die infolge dessen von größter politischer Bedeutung ist, gehören u. a. an Lord Robert Cecil-Südafrika, Puenredo, Minister des Außen von Argentinien, Interminister Fisher-England, Viviani-Frankreich, der griechische Minister des Außen Poulis, Titoni-Italien, Senatspräsident Baron Spaschi, japanischer Botschafter in London, Nansen-Norwegen, der schwedische Minister des Außen Kornefeldt, der frühere serbische Gesandte in Petersburg Spasikowitsch, Branding-Schweden, Bundespräsident Motta-Schweli, der tschechoslowakische Minister des Außen Benesch.

Puenredo erstattete den Bericht des Generalsekretariats des Bölkverbundes über die Tätigkeit des Bölkverbundrats und des Generalsekretariats während des ersten Jahres des Bestehens des Bölkverbundes. Er schilderte vorerst die Haltung Argentiniens während des Krieges und den Konflikt zwischen Deutschland und Argentinien wegen der Tätigkeit der U-Boote und kam sodann auf die Frage der Aufnahme neuer Staaten in den Bölkverbund zu sprechen. Für die Aufnahme eines Mitglieds müsse es genügen, wenn irgend ein souveräner Staat seinen Willen kundtut, dem Bölkverbund beizutreten. Im Interesse der Demokratisierung des Bölkverbundes wünscht Argentinien, daß die Mitglieder des Bölkverbundrates von der Bölkverbundversammlung gewählt werden und daß sämtliche dem Bölkverbund angehörenden Nationen auch im Bölkverbundrat vertreten sind. Ferner erhofft Argentinien vom Bölkverbund die Schaffung eines obligatorischen internationalen Schiedsgerichts und einer engen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Staaten zur Förderung der gemeinsamen Interessen der Bölkler.

Hagerup-Norwegen erinnert daran, daß die nordischen Staaten besonderes Gewicht legen auf die Verhandlung der Erfüllungsafrage in der Bölkverbundversammlung. Er betonte die Notwendigkeit einer Kontrolle des Bölkverbundrates durch die Versammlung, da nur dadurch die im Rat nicht vertretenen Nationen die Möglichkeit eines gewissen Einflusses bekommen.

Lord Cecil-Südafrika empfiehlt im Namen Südafrikas daß der Bölkverbund die größte Sparsamkeit walten lasse. Er sprach sodann die Hoffnung aus, daß der Charakter der Öffentlichkeit in der Tätigkeit des Bölkverbundes immer stärker zur Geltung komme, und reichte einen Antrag ein, durch den der Bölkverbundrat eingeschränkt wird, nämlich die Öffentlichkeit über seine Tätigkeit einnehmend zu unterrichten. Unter steigender Aufmerksamkeit kam sodann Lord Cecil kurz auf die Danziger Frage und die armenische Frage zu sprechen und ersuchte den Rat um neue Mitteilungen über seine in der Danziger Frage unternommenen Schritte. Lord Cecil versprach, daß sich der Bölkverbundrat energisch mit der armenischen Frage befassen müsse, und daß die Bölkverbundversammlung nicht auseinandergehen dürfe, ohne in der armenischen Frage einen praktischen Beschluß zu fassen, der geeignet sei, die Rechte dieses Volkes zu retten. Lord Cecil kam dann auch auf den polnisch-litauischen Konflikt zu sprechen und verlangte, daß der diplomatische Schriftwechsel über diese Angelegenheit der Bölkverbundversammlung unterbreitet werde. Der Konflikt sei von so großem Interesse, daß die Welt ein Recht habe, in vollem Umfange darüber unterrichtet zu werden. Weiter brachte Lord Cecil eine Resolution ein, daß das in Brüssel angeknüpfte Finanzproblem ebenfalls der Bölkverbundversammlung zur Stellungnahme zu den in Aussicht genommenen Maßnahmen nach im Laufe dieser Session unterbreitet werde. Die Zollbarrieren und die gegenseitigen Barrieren müssten verschwinden und die militärischen Aufwände stark vermindert werden. Die Bölkverbundversammlung könne in dieser Beziehung nicht zu viel, sondern höchstens zu wenig tun. Der Bölkverbund müsse arbeitsfähig eine Politik der Befriedung treiben. Ferner anerkennt zum Schluß an die Versammlung, daß sie sich zu energischen Maßnahmen ernähliche, um den Geist des Bölkverbundes wirklich lebendig zu gestalten.

Im Laufe des Mittwochnachmittags konstituierten sich die sechs Kommissionen der Bölkverbundversammlung.

Erkenntnis.

Wir geben nachstehend den Brief eines Genossen wieder, der in den Weltkrieg mit nationalen Empfindungen hinausging, im Felde mit den Schriften von Karl Marx bekannt wurde und dann bewußter Anhänger der U.S.P. wurde. Der Brief ist ja kein Programm, aber der Briefschreiber gibt doch die Empfindungen der Arbeiter zu dem russischen Vorgehen in Deutschland und ihren Nachbarn so klar wieder, daß sich der Ausdruck rechtfertigt:

Berlin, den 24. 10. 20.

Lieber ...!

Deine Siegespostkarte von Halle sowohl, als auch Deinen Brief vom 20. d. M. habe ich erhalten und kann daraus recht wenig Brauchbares und Ueberzeugendes entnehmen. Das ist zwar Grundübel, daß alle eure Reden und Schriften nicht über allgemeine Phrasen hinausgehen. Ihr seht ein Ziel, aber den Weg dahin verschleiert ihr, weil er so bornig ist, daß Euch nur Blinde und Kowidies folgen. Ich lobe mir da die alte U.S.P. Ihrem Weg kann man folgen, ohne daß man auf halber Strecke verrottet, weil es ein geschlossener Weg ist, während der eure Arbeit von Neuzugängen unterbrochen wird, an denen letzten Endes keiner mehr weilt, ob es geradeaus, links oder rechts weitergeht. Vom März dieses Jahres habe ich die Lehre erhalten, daß die R.P.D. die größten Schwärzer sind, die am Punkte Totus Iusurlos verschwinden, weil ihre Organisationsfähigkeit mit Worten alles umfaßt und sie in der Wirklichkeit gar nichts organisieren können. Gott sei Dank habe ich mein Sauleben noch soviel, daß ich es für die Dummheit anderer nicht wegwerfe. Soweit ich in die marxistische Lehre eindringen konnte, belehrte sie mich, daß Menschen niemals Revolution machen können, sondern daß dafür ausschließlich Verhältnisse ausschlaggebend sind. Moskau will mit seinen verlierten Raketen den Stroh umdrehen und Revolution machen, ohne Rücksicht auf die ökonomischen Verhältnisse des für die Revolution bestimmten Landes. Damals, beim Militärvertrag ist immer der Standpunkt der aristokratischen Herrschaft und wünschte einen Napoleon der die Massen um sich zu scharen vermöchte. Du und R. habt es damals immer verworfen und jetzt, wo ich mich davon überzeugt habe, daß allein die wirtschaftlichen Bedingungen für die Revolution maßgebend sind, muß ich in eurer Entwicklung einen Rückschritt feststellen. Wie wollt ihr denn aus dem Chaos herauskommen? Durch Enteignung? Das bedeutet Bürgerkrieg a la Russland. Und wohin wir dabei kommen, zeigt wiederum Russland. Deswegen, der zu den Heroen dieses kommunistischen Staates gehört, wird diese Zeit beim besten Willen überleben, aber der Arbeiter, der diese Größen

mit Arbeit und jenem Blut schüttelt, daß ein Hundel-Hen, schlimmer als unter Wilhelm II. oder dem Zarismus. Und diese schmerzliche Gewißheit wird Euch ein schattes Fiasko erleben lassen, wenn unter allerdings gerade wieder wir am meisten leiden müssen, weil wir die Schamlosigkeit des Geinnungswechsels nicht fertig bringen. Laßt nur und sich nach Bayern und Ungarn. Diese beiden Staaten müssen allerdings als Exempel genügen, ohne daß auch wir noch dieses aussichtslose Experiment durchmachen müssen.

Es ist so, daß ihr die Arbeiterkraft zu Totendrähern, die ihr eigenes Grab schaufeln, macht, und dabei ist „Fürst“ Sinowjew Ansicht, daß alle andern Meinungen als die kommunistischen ausgerottet werden müssen, so dann, wie militärische Instruktionselemente.

Die Entwicklung der Revolution geht weiter, ein Lenin wird stellen wie ein Wilhelm und ein Napoleone fiel. Wenn dabei der Weg immer weiter vom sozialistischen Staat abbiegt, dann ist es eure Schuld, denn ihr versprecht die Geschlossenheit der Arbeiterkraft und der allein fähigen Erben der Staatsgewalt. Ihr lehrtet in ihre Köpfe nicht neues Wissen, sondern phrasenlogische Verwirrung, was bisher die kapitalistische Klasse besornte. Die zu eurer Rache am treuesten halten, ist nicht die Elite der Arbeiterkraft, sondern sich- und arbeitsscheues Knausgebüdel. Nie wird eure „Masse“ des wahren Kommunismus fähig sein, denn sie sind mit Euch die würdigen Erben des bürgertümlich-kapitalistischen Chaos. Macht ruhig euren „lustigen“ Krieg, mir könnt ihr zum Budel rauf kriechen. Ich bereitere mich nicht mit auf so schmutzige Art und Weise, denn mir schmeckt mein trockenes Margarinebrot besser.

Wird in Preußen militärisch aufgerüstet?

In der preußischen Volkstammer fragte unser Genosse Ludwig, was die Neuorganisation der Polizei bedeute, für die im Nachtraggesetz Mittel gefordert würden. Unter den Polizeibeamten selbst herrsche die Meinung, es solle eine zweite Reichswehr geschaffen werden, das Parlament dürfe nicht vor vollendeten Tatsachen gestellt werden. Es sei jedenfalls bezeichnend, daß in einer Konferenz über die Organisation der Polizei in Rheinland-Westfalen einem Abgeordneten der Zutritt verweigert wurde. Auch der rechtssozialistische Abgeordnete Richter wollte über die Ausgaben für die Polizei genaue Auskunft haben. Die Antwort der Regierung, die der Staatssekretär Freund gab, ist sehr merkwürdig: Es ist gefährlich zu behaupten, wir wollten mit der Sicherheitswehr eine zweite Reichswehr schaffen. Das Ziel sei vielmehr eine örtliche Entmilitarisierung. Die grüne und blaue Polizei soll verschmälzt werden, die Zahl der Polizeitruppen gering gehalten und außerdem soll die Polizei totalisiert werden. Geheimniskrämerei liegt der Regierung fern. Einen spezialisierten Etat könne die Regierung nicht vorlegen, weil sie sich erst am 4. Oktober mit der Entente geeinigt habe.

Zur Bekräftigung seiner ersten Ausführungen teilte Genosse Ludwig noch mit, daß sich die Rekrutierung der Militarisierung der Sipo auf Verhörungen von Offizieren stützen, die aus ihr eine zweite Reichswehr machen möchten, sowie auf Ausschreibungen Dr. Frankes, des Generalsekretärs des Polizeibeamten-Bandes, also auf eine sachverständige Stelle.

Das Autonomiegesetz für Oberschlesien.

Der Reichsrat hat in seiner Sitzung am Dienstag einstimmig dem Gesetz über Oberschlesien zugestimmt, das im wesentlichen folgendes bestimmt:

Artikel 167 der Reichsverfassung erhält folgende Abs. 2 und 3: In der preussischen Provinz Oberschlesien findet innerhalb zweier Monate nach dem die deutschen Behörden die Verwaltung des zurzeit befreiten Gebietes wieder übernommen haben, eine Abstimmung nach Artikel 18, Absatz 4, Satz 1 und Absatz 6 darüber statt, ob ein Land Oberschlesien gebildet werden soll.

Wird die Frage bejaht, so ist das Land unverzüglich einzurichten, ohne daß es eines weiteren Reichsgesetzes bedarf. Dabei gelten folgende Bestimmungen:

1. Es ist eine Landesversammlung zu wählen, die binnen 3 Monaten nach der amtlichen Feststellung des Abstimmungsergebnisses zur Einleitung der Landesregierung und zur Beschaffung über die Landesverwaltung einzuberufen ist. Der Reichspräsident erläßt die Wahlordnung nach den Grundrissen des Reichswahlgesetzes und bestimmt den Wahltag.
2. Der Reichspräsident bestimmt im Benehmen mit der oberstehenden Landesversammlung, wann das Land als eingerichtet gilt.
3. Die oberstehende Staatsangehörigkeit erwerben:
a) die volljährige Reichsangehörigen, die am Tage der Einrichtung des Landes Oberschlesien (Nr. 2) in seinen Gebieten Wohnsitz oder händigen Aufenthalt haben, mit diesem Tage;
b) sonstige volljährige preussische Staatsangehörige, die im Gebiete der Provinz Oberschlesien geboren sind und innerhalb eines Jahres nach Einrichtung des Landes (Nr. 2) der Landesregierung erklären, daß sie die oberstehende Staatsangehörigkeit erwerben wollen, am Tage des Eingangs dieser Erklärung;
c) alle Reichsangehörigen, die durch Geburt, Legitimation oder Eheführung der Staatsangehörigkeit einer der unter a) und b) bezeichneten Kategorien fassen.

Das Gesetz geht in diesem Wortlaut dem Reichstag unverzüglich zur Beschlußfassung zu.

Annelle für Oberschlesien.

Die Interalliierte Kommission hat für die im Abstimmungsgesetz wohnenden Personen eine Annelle erlassen. Sie umfaßt 1. Allgemeine Vergehen, Straftat nach den §§ 103, 110, 116, 120, 127, 130, 132 und 136 des Strafgesetzbuches, 2. Vergehen, begangen im Nationalitätenkampf oder im wirtschaftlichen Kampf der Gesellschaften, nach den §§ 123, 139, 185, 241, 113 (Widerstand gegen die Staatsgewalt), 115 (Aufrührer unter Ausbruch der Anführer), 124 (Hausfriedensbruch), begangen durch zusammengetroffene Mergen), 3. Strafbare Handlungen gegen die Waffenbesitzverordnungen und die Bestimmungen über periodische Druckschriften.

R. P. D. und Gewerkschaften.

Das frühere Mitglied der Zentrale der R. P. D., Paul Lange, ist aus der R. P. D. geschieden. Die Urliste seines Austritts liegt in seiner abweichenden Stellung zu den Gewerkschaften. In der von der R. P. D. verlangten Bildung politischer Fraktionen, d. h. kommunistischer Strengkolonnen, und in dem geforderten Anschluß an die 3. Internationale erblickt Lange eine Zerreißung sowohl der deutschen Gewerkschaften wie des internationalen Gewerkschaftsbundes.

Lange gehört, wie die Note Rabne selbst bekennet, zu den ältesten Kämpfern gegen die Gewerkschaftsbureautratie. Da er aber die Gewerkschaftsfrage als eine Frage der Organisation und nicht als politische Kampffrage behandelte, so sollte er, wie der kommunistische Brandier in demselben Blatt ausführte, „theoretisch und praktisch ins Lager der Dührmann und Lenin“.

Einstimmig und ihrer Verantwortung bewußte Gewerkschaftsführer können die Politik der Kommunisten nicht mitmachen — das selbt der Fall Lange.

Chelshaje Lügner.

Die Lügenjahne in Berlin legt ihre Lügereien über unsre Partei wader fort. Als Stoff muß ihr diesmal der von kommunistischer Seite angezeigte verfehlte Berliner Elektiker-Streit dienen; das Blatt schreibt:

„Die Berliner Elektiker sind geschlagen. Sie mußten geschlagen werden, nachdem ihnen die Gewerkschaftsbureautratie, die Scheidemann- und Crispian-Sozialisten in den Rücken gefallen waren.“

Jedermann weiß, daß unsre Partei sich völlig neutral verhalten hat, und erst, als der Streik zu Ende war, sind Stimmen aus ihr laut geworden, die auf die verfehlte Taktik hinwiesen, die die Kommunisten bei der Inszenierung und Führung des Streiks angewandt haben. Dagegen hat noch während des Streiks die Parteileitung der Neu-Kommunisten (Däumig-Sollmann)